

Haushaltsrede 2016

Sehr geehrte Präsidenten, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

Haushaltspolitik hat die Aufgabe Zukunft zu gestalten.

Die öffentlichen Haushalte stehen vor künftigen Herausforderungen: dem gesellschaftspolitischen Wandel, aufwachsender Sozialausgaben und sich ändernder Gesetzeslagen.

Eine vorsorgende Finanzpolitik muss sich darauf einstellen und wir im Bezirk den Grundstein dafür legen, dass die Menschen, die auf unsere Unterstützung angewiesen sind, sozial abgesichert bleiben.

Uns liegt heute der Haushalt 2017 zur Entscheidung vor.

Dies geschieht in einer Situation, die von Unsicherheiten und Unwägbarkeiten beeinflusst ist.

Neue Gesetze, wie das Bundesteilhabegesetz und das Pflegestärkungsgesetz birgen neue Herausforderungen, deren Umsetzung nach Lösungen verlangt.

Bei beiden wissen wir nicht genau, was an Be- und Entlastungen auf die Bezirke zukommt.

Auch wenn wir im Bezirk Schwaben frühzeitig und umfassend die Diskussion um die Ausgestaltung an ein Bundesteilhabegesetz artikuliert haben (hier mein besonderer Dank an den Vorsitzenden und insbesondere Frau Kreutmayr) können wir doch die finanziellen Auswirkungen und Risiken, die auf uns zukommen, nur schwer abschätzen.

So bleibt beispielsweise das zu Recht kritisierte, abstruse Verhältnis von Pflegeversicherung und Eingliederungshilfe im stationären Wohnen weiter bestehen.

Pflegebedürftigen behinderten Menschen werden Leistungen der Pflegeversicherung vorenthalten, die Eingliederungshilfe – finanziert vom Bezirk - geriert zur „Ausfallbürkin“.

Auch bei dem im Bundestag bereits verabschiedeten Dritten Pflegestärkungsgesetz operieren wir mit verschiedenen Szenarien und Variablen. Ob wir mit den von uns eingepplanten drei Millionen Euro Entlastung richtig liegen oder mit weiteren Belastungen rechnen müssen, wird sich im Praxisvollzug zeigen.

Aber auch innenpolitische Weichenstellungen, die die Finanzierungskraft der Kommunen beeinflussen, stimmen bedenklich und schränken den Handlungsspielraum weiter ein.

Betrachtet man den Ausgang der Verhandlungen der kommunalen Spitzenverbände zum Finanzausgleich, so verbleibt die Zusage der bayerischen Staatsregierung zur (Re-)Finanzierung der Kosten für die heranwachsenden Flüchtlinge im marginalen Bereich. Unserer Interpretation zufolge werden mit zunächst 40, dann 30 Euro pro Tag die tatsächlichen Kosten (von jetzt ca. 120 Euro) nur unzureichend gedeckt.

Zudem bewirkt unserer Meinung nach die Festschreibung einer „bedarfsgerechten“ Versorgung für lediglich zwölf Monate verbunden mit der Kostendeckelung (112 Mio) eine Behinderung statt einer Befähigung junger Flüchtlinge in ihrem Integrationsprozess. Ein Sonderleistungsrecht für Flüchtlinge, welches sie früher - als nach dem Jugendschutzgesetz vorgesehen - , aus finanziellen Erwägungen aus der Jugendhilfe drängt, darf es nicht geben. Wenn sich der Freistaat - trotz guter Kassenlage - an Bundesmitteln schadlos hält und diese Mittel nicht an die Bezirke weiterreicht ist dies, aus unserer Sicht, ein skandalöses Vorgehen!

Sieht man sich die Haushaltszahlen an, so muss konstatiert werden, dass die Entwicklung der Sozialausgaben weiterhin ungebremst verläuft und die Zuwächse der kommunalen Umlagekraft deutlich übersteigt.

Eine solide und nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik ist unser Anliegen.
Der Haushaltsentwurf 2017 ist von sozial und ökologisch verantwortlichen Investments geprägt.

Als Beispiel nenne ich hier die von uns forcierten zusätzlich bereitgestellten Mittel im Bereich der ambulant psychiatrischen Versorgung, die zusätzlich bereitgestellten Gelder für den Umweltbildungsbereich, die Prämisse zur Nutzung eines bestehenden Gebäudes in der Augsburger Innenstadt für unsere Bezirksverwaltung und die weiteren geplanten Schritte hin zu mehr Energieeinsparung und Elektromobilität.

Nicht verhehlen möchte ich dennoch, dass wir uns gefreut hätten, wenn Sie die bereits im Haushalt 2016 bereitgestellten Mittel zur Etablierung eines Kriseninterventionsdienstes mutig zur Poleposition genutzt hätten, statt verschämt auf Ansage von oben zu warten.

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass angesichts der unwägbaren Herausforderungen die Aufgaben größer und die Handlungsmöglichkeiten kleiner werden. Die uns versprochenen Entlastungen erfolgen auf Umwegen und marginal. Nur der Griff in die Rücklagen ermöglicht, den Hebesatz auf einem annähernd konstanten Niveau zu halten.
Die finanzielle Unterausstattung des Bezirks durch den Freistaat gleicht einem würdelosen Würgegriff. Für eine von uns diskutierte Entlastung der Kommunen durch eine Senkung der Bezirksumlage ist so gut wie kein Spielraum gegeben.

Ich danke allen für die kollegiale Zusammenarbeit. Zu den Festtagen wünsche ich Ihnen viel Licht und Freude!

Aufgrund der vorhergehenden Ablehnung im Kulturhaushalt stimmen wir dem vorgelegten Haushaltsentwurf und dem Stellenplan nicht ausnahmslos zu.

Für die Ausschussgemeinschaft GRÜNE/ÖDP
gez. Fraktionsvorsitzende Kirsi Hofmeister-Streit